

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 2. November 1983
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Panama
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

A. Zielsetzung

Förderung und Schutz deutscher Kapitalanlagen im Ausland.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Auslandsinvestitionen, insbesondere durch Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Entschädigungspflicht bei Enteignung, freiem Transfer von Kapital und Erträgen, internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (42) – 651 09 – Ka 52/86

Bonn, den 25. April 1986

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. November 1983 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Panama über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages und des zugehörigen Protokolls in deutscher und spanischer Sprache sowie eine Denkschrift zum Vertrag sind beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern für Wirtschaft und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 563. Sitzung am 18. April 1986 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 2. November 1983
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Panama
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Panama am 2. November 1983 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Panama über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen einschließlich des dazugehörigen Protokolls und der Briefwechsel vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und die Briefwechsel vom 2. November 1983 werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates eine ergänzende Vereinbarung zu diesem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Panama über die Regelung von Streitigkeiten gemäß dem Übereinkommen vom 18. März 1965 zur

Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten (BGBl. 1969 II S. 369) in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1).

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 sowie gleichzeitig das Protokoll und die Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Erforderlichkeit der Zustimmung des Bundesrates ergibt sich aus Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt, sowie aus Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes wegen der in Artikel 2 des Vertragsgesetzes vorgesehenen Verordnungsermächtigung.

Zu Artikel 2

Der Vertrag sieht in Artikel 10 für Meinungsverschiedenheiten zwischen einer Vertragspartei und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei über Investitionen besondere Verfahren bzw. eine Streitschlichtung durch ein internationales Schiedsgericht vor. Er enthält keine Vereinbarung zur Regelung von Streitigkeiten gemäß dem Übereinkommen vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, weil die Republik Panama, anders als die Bundesrepublik Deutschland, dem Übereinkommen nicht angehört. Da die Republik Panama eine Mitgliedschaft erwägt, sind beide Seiten in einem Briefwechsel

übereingekommen, im Falle des Beitritts über eine Zusatzvereinbarung zu verhandeln. Durch eine solche Vereinbarung könnte der Rechtsschutz für deutsche Investitionen in der Republik Panama verbessert werden; sie liegt daher im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Für den Fall ihres Zustandekommens sollte der federführende Bundesminister für Wirtschaft bereits jetzt zur Inkraftsetzung ermächtigt werden.

Zu Artikel 3

Der Vertrag soll – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 6, soweit diese sich auf die Luftfahrt beziehen – auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 sowie das Protokoll und die Briefwechsel in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Panama
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Convenio
entre la República de Panamá y la República Federal de Alemania
sobre Fomento y Protección recíproca de Inversiones de Capital

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Panama –

La República de Panamá
y
la República Federal de Alemania,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Gastlandes angelegt worden sind, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsmarken, Handelsnamen, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;
- eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als

Animadas del deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos Estados,

Con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de un Estado en el territorio del otro Estado, y

Reconociendo que el fomento y la protección mediante Convenio de esas inversiones pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

Han convenido en lo siguiente:

Artículo 1

Para los fines del presente Convenio:

- (1) el concepto “inversiones de capital” comprende toda clase de bienes que han sido invertidos conforme a la legislación de la parte que los recibe, en especial
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) participaciones en sociedades y otro tipo de participación;
 - c) derechos a fondos empleados para crear un valor económico, o a prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) derechos de autor, derechos de propiedad industrial, procedimientos técnicos, marcas de fábrica, nombres comerciales y “know how” y “goodwill”;
 - e) concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluidas las concesiones de exploración y explotación;
- Una modificación en la forma de inversión de los bienes no afectará el carácter del capital invertido;
- (2) el concepto de “rentas” designa aquellas cantidades que corresponden a una inversión de capital por un periodo

Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Gebühren entfallen;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) in bezug auf die Republik Panama:
natürliche Personen, die gemäß ihren Gesetzen die Staatsangehörigkeit besitzen;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Vertrags hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
- b) in bezug auf die Republik Panama:
alle in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen in Panama gegründeten juristischen Personen sowie Gesellschaften und Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Panama haben, mit Ausnahme staats-eigener Unternehmen.

determinado, en concepto de participaciones en los beneficios, dividendos, intereses, derechos de licencia o de otra índole;

(3) el concepto de “nacionales” designa:

- a) con referencia a la República de Panamá:
las personas naturales que posean la nacionalidad, según sus leyes;
- b) con referencia a la República Federal de Alemania:
los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;

(4) el concepto de “sociedades” designa:

- a) con referencia a la República de Panamá: todas las personas jurídicas constituidas de conformidad con la legislación vigente en Panamá, así como las sociedades y asociaciones con o sin personería jurídica que tengan su domicilio en el territorio de la República de Panamá, con excepción de las empresas de propiedad del Estado;
- b) con referencia a la República Federal de Alemania: todas las personas jurídicas así como sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones, con o sin personalidad jurídica, que tengan su sede en el área alemana de aplicación del presente Convenio y que existan jurídicamente conforme a las leyes, independientemente de que la responsabilidad de sus socios, copropietarios o miembros sea limitada o ilimitada, o que su actividad tenga o no fines lucrativos;

Artikel 2

Jede Vertragspartei wird in Übereinstimmung mit ihren geltenden Rechtsvorschriften in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei zulassen und nach Möglichkeit fördern. Sie wird diese Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet die Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich der in ihrem Eigentum oder unter ihrer Kontrolle stehenden Kapitalanlagen und hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit diesen Kapitalanlagen nicht einer ungünstigeren Behandlung unterwerfen als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf die Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, gemeinsamem Markt oder einer Freihandelszone einräumt.

(3) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der

Artículo 2

Cada una de las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales vigentes, acogerá en su respectivo territorio, las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, promoviéndolas en lo posible. En todo caso tratará justa y equitativamente dichas inversiones de capital.

Artículo 3

(1) Cada Parte Contratante someterá en su territorio a las inversiones que sean de propiedad o que estén bajo el control de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, así como a las actividades relacionadas con esas inversiones, a un trato no menos favorable que el que se concede a las inversiones y actividades de los propios nacionales o sociedades, o a las inversiones y actividades de nacionales y sociedades de terceros Estados.

(2) Dicho trato no se refiere a los privilegios que una Parte Contratante conceda a nacionales o sociedades de terceros Estados en virtud de su participación en una unión aduanera o económica, un mercado común o una zona de libre comercio.

(3) El trato previsto en el presente Artículo no se refiere a las ventajas que una de las Partes Contratantes concede a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble tributación o de otros acuerdos sobre asuntos tributarios.

Artículo 4

(1) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán de plena protección y seguridad en el territorio de la otra Parte Contratante.

(2) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes no podrán, en el territorio

anderen Vertragspartei nur aus Gründen des allgemeinen Wohls oder des „sozialen Interesses“ und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Enteignungsmaßnahmen müssen gemäß den vorgesehenen verfassungsrechtlichen oder gesetzlichen Verfahren durchgeführt werden. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die Enteignung oder Verstaatlichung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei stimmt zu, daß, mit Bezug auf Kapitalanlagen, die in ihrem Hoheitsgebiet durch Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei getätigt worden sind, Konvertierung und Transfer der unten aufgeführten Zahlungen auch in Zukunft frei und ohne Beschränkungen durchgeführt werden:

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) von Lizenz- und anderen Gebühren für die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d definierten Rechte;
- e) des Liquidationserlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Veräußerung der Kapitalanlage.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 11, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 sinngemäß.

de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas, o sometidas a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan a expropiación o nacionalización, más que por causas de utilidad pública o "interés social", y deberán en tal caso ser indemnizadas. Las medidas de expropiación deben estar de acuerdo con el procedimiento constitucional o legal previsto al efecto. La indemnización deberá responder al valor de la inversión expropiada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación o nacionalización. La indemnización deberá satisfacerse sin demora y percibirá intereses hasta la fecha de su pago según el tipo usual de interés bancario; deberá ser efectivamente realizable y libremente transferible. La legitimidad de la expropiación, nacionalización o medidas equiparables, y el monto de la indemnización deberán ser comprobables en procedimiento judicial ordinario.

(3) Los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes, que, por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o motín en el territorio de la otra Parte Contratante sufran pérdidas en sus inversiones de capital, no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo referente a restituciones, ajustes, indemnizaciones u otros pagos. Estas cantidades serán libremente transferibles.

(4) En lo referente a las materias reglamentadas en el presente Artículo, los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del trato de nación más favorecida.

Artículo 5

Cada Parte Contratante conviene en que con relación a las inversiones hechas dentro de su territorio por nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, la conversión y la transferencia de los pagos abajo enumerados también en el futuro se efectuarán libremente y sin restricciones:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión de capital;
- b) de las rentas;
- c) de la amortización de préstamos;
- d) de derechos de licencia y de otra índole correspondientes a los derechos especificados bajo la letra d) del párrafo 1 del Artículo 1;
- e) del producto de la liquidación en el caso de enajenación total o parcial de la inversión de capital.

Artículo 6

Si una Parte Contratante realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada para una inversión de capital en el territorio de la otra Parte Contratante, ésta, sin perjuicio de los derechos que en virtud del Artículo 11 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá el traspaso de todos los derechos de estos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante, bien sea por disposición legal, o por acto jurídico. Además la otra Parte Contratante reconocerá la subrogación de la primera Parte Contratante en todos estos derechos (derechos transferidos) los cuales ésta estará autorizada a ejercer en la misma medida que su precedente titular. Para la transferencia de los pagos que deban realizarse a la correspondiente Parte Contratante en virtud de los derechos transferidos, regirán mutatis mutandis los párrafos 2 y 3 del Artículo 4 y el Artículo 5.

Artikel 7

Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Vereinbarung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 unverzüglich zu dem für die vereinbarte Währung jeweils gültigen Kurs.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewährt ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in Bezug auf Kapitalanlagen durch Vereinbarung mit Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Der Vertrag gilt jedoch in keinem Fall für Meinungsverschiedenheiten oder Streitfälle aufgrund vor dem Inkrafttreten begründeter Sachverhalte.

Artikel 10

Meinungsverschiedenheiten zwischen einer Vertragspartei und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei über Investitionen werden nach Möglichkeit im gütlichen Einvernehmen zwischen den beteiligten Parteien geregelt. Kann ein solches gütliches Einvernehmen nicht innerhalb eines Zeitraums von 6 Monaten herbeigeführt werden, so werden die beteiligten Parteien die besonderen Verfahren anwenden, die zwischen der Vertragspartei und dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Partei vereinbart wurden. Ist kein besonderes Verfahren vereinbart, so wird das internationale Schiedsgericht nach Maßgabe der Schiedsregeln der UN-Kommission für Internationales Handelsrecht unter Berücksichtigung der Bestimmungen dieses Vertrags angerufen.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird ad hoc gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie

Artículo 7

En tanto que los interesados no hayan concertado un arreglo distinto admitido por los órganos competentes de la Parte Contratante en cuyo territorio está situada la inversión de capital, las transferencias conforme al párrafo 2 o 3 del Artículo 4, al Artículo 5, o al Artículo 6, se efectuarán sin demora, a la cotización vigente en cada momento para la moneda convenida.

Artículo 8

(1) Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, o de obligaciones emanadas del Derecho Internacional al margen del presente Convenio, actuales o futuras, entre las Partes Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Convenio, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Convenio, en cuanto sea más favorable.

(2) Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación a las inversiones de capital mediante acuerdo con nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artículo 9

El presente Convenio se aplicará también a las inversiones de capital efectuadas antes de la entrada en vigor del mismo por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante conforme a las disposiciones legales de la otra Parte Contratante en el territorio de esta última, pero en ningún caso se aplicará a las controversias o litigios surgidos de situaciones pre-existentes a la vigencia del presente Convenio.

Artículo 10

Las divergencias sobre inversiones entre una Parte Contratante y un nacional o una sociedad de la otra, se tratará de solucionar por gestiones amistosas entre las partes interesadas. Si dichas gestiones amistosas no aportan una solución en un periodo de seis meses, las partes interesadas deberán recurrir a los procedimientos específicos que hubieren acordado la Parte Contratante y el nacional o la sociedad de la otra Parte. En caso de no existir procedimiento específico, se recurrirá al arbitraje internacional, conforme a las reglas de arbitraje de la Comisión de las Naciones Unidas para el Derecho Comercial Internacional, teniendo en cuenta las disposiciones del presente Convenio.

Artículo 11

(1) Las divergencias que surgieren entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Convenio, deberán en lo posible ser dirimidas por los Gobiernos de las dos Partes Contratantes.

(2) Si una divergencia no pudiera ser dirimida de esta manera, será sometida a un tribunal arbitral a petición de una de las Partes Contratantes.

(3) El tribunal arbitral será constituido ad hoc; cada Parte Contratante nombrará un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como presidente a un nacional de un tercer Estado que será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses y el presidente dentro de un plazo de tres meses, después de que una de las Partes Con-

die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien Mitglieder des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 dieses Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer gerichtlichen Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 12

Dieser Vertrag bleibt in Kraft unabhängig davon, ob diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 6, soweit sie sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Panama innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird er auf unbegrenzte Zeit verlängert, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

tratantes haya comunicado a la otra que desea someter la divergencia a un tribunal arbitral.

(4) Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En el caso de que el Presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de una de las dos Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de una de las Partes Contratantes, efectuar los nombramientos.

(5) El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones son obligatorias. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del Presidente, así como los demás gastos serán sufragados por partes iguales por las dos Partes Contratantes. El tribunal arbitral podrá adoptar un reglamento diferente en lo que concierne a los gastos. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

(6) Si ambas Partes Contratantes se hubieren adherido a la Convención para el Arreglo de Diferencias sobre Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados de 18 de marzo de 1965, no se podrá, en atención a la disposición del párrafo 1 del Artículo 27 de dicha Convención, acudir al tribunal arbitral arriba previsto en tanto que entre el nacional o la sociedad de una Parte Contratante y la otra Parte Contratante se haya llegado a un acuerdo conforme al Artículo 25 de la Convención. No quedará afectada la posibilidad de acudir al tribunal arbitral arriba previsto en el caso de que no se respete una decisión judicial del tribunal arbitral de la mencionada Convención (Artículo 27), o en el caso de traspaso por disposición legal o por acto jurídico, conforme al Artículo 6 del presente Convenio.

Artículo 12

El presente Convenio seguirá en vigor independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares.

Artículo 13

Con excepción de las disposiciones del número 6 del protocolo referentes a la navegación aérea, el presente Convenio se aplicará también al Land Berlin en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno de la República de Panamá dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo 14

(1) El presente Convenio será ratificado; los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible.

(2) El presente Convenio entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de diez años y se prolongará después por un tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado por escrito por una de las Partes Contratantes doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, podrá denunciarse el Convenio en cualquier momento, pero seguirá en vigor todavía por un año a partir de la fecha en que se haya hecho la denuncia.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Vertrags an.

(3) Para inversiones de capital realizadas hasta el momento de expiración del presente Convenio, las disposiciones de los Artículos 1 a 12 seguirán rigiendo durante 15 años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Convenio.

Geschehen zu Panama am 2. November 1983 in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hecho en Panamá, el 2 de noviembre de 1983 en español y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Dr. Walter Wellhausen
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
Embajador de la República Federal de Alemania

Für die Republik Panama
Por la República de Panamá
Lic. Oydén Ortega Durán
Außenminister der Republik Panama
Ministro de Relaciones Exteriores

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Panama haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit der Vornahme und der Durchführung einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.
- c) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Gebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, den im Gebiet der anderen Vertragspartei ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften zu gewähren.

(4) Zu Artikel 4

- a) Unter „Enteignung“ ist jede Entziehung oder jede einer Entziehung gleichkommende Beschränkung jedes

Protocolo

En el acto de la firma del Convenio sobre Fomento y Protección Recíproca de Inversiones de capital entre la República Federal de Alemania y la República de Panamá, los infrascritos plenipotenciarios han adoptado además los siguientes acuerdos, que se considerarán como parte integrante del Convenio:

(1) Adenda al Artículo 1

- a) Las rentas de una inversión de capital, y en el caso de su reinversión también las rentas de ésta, gozarán de igual protección que la inversión misma.
- b) Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará en especial como nacional de una Parte Contratante a toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por la autoridad competente de la respectiva Parte Contratante.

(2) Adenda al Artículo 2

Gozarán de la plena protección de este Convenio las inversiones de capital que, de acuerdo con las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, hayan sido realizadas en el ámbito de la Ley de esta Parte por nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante.

(3) Adenda al Artículo 3

- a) Como “actividades” en el sentido del párrafo 1 del Artículo 3 se considerarán especial pero no exclusivamente, la administración, el empleo, uso y aprovechamiento de una inversión de capital. Se considerará especialmente como trato “menos favorable” en el sentido del Artículo 3: la limitación en la adquisición de materias primas y auxiliares, energía y combustibles, así como los medios de producción y de explotación de todas clases, la obstaculización de la venta de productos en el interior del país y en el extranjero, y toda medida de efectos análogos. Las medidas que se adopten por razones de seguridad y orden público, de sanidad pública o de moralidad, no se considerarán como trato “menos favorable” en el sentido del Artículo 3.
- b) Cada Parte Contratante de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitará con benevolencia las solicitudes de inmigración y residencia de personas de la otra Parte Contratante que, en relación con la puesta en marcha y la realización de una inversión de capital, quieran entrar en el territorio de la primera Parte Contratante; la misma norma regirá para los asalariados de una Parte Contratante que, en relación con una inversión de capital, quieran entrar y residir en el territorio de la otra Parte Contratante para ejercer su actividad como asalariados. Igualmente, se tramitarán con benevolencia las solicitudes de permiso de trabajo.
- c) Las disposiciones del Artículo 3 no obligan a una Parte Contratante a extender las ventajas, exoneraciones y reducciones fiscales que según las leyes tributarias sólo se conceden a las personas naturales y sociedades residentes en su territorio a las personas naturales y sociedades residentes en el territorio de la otra Parte Contratante.

(4) Adenda al Artículo 4

- a) Bajo el concepto de “expropiación” se comprende la privación o limitación equivalente de todo derecho a un

Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

- b) Ein Anspruch auf Leistung einer Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist.

- (6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen stehen, werden die Vertragsparteien die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte im Einklang mit den bestehenden Gesetzen erteilen.

Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder in dessen Auftrag angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen reisen.

bien que por sí sólo o con otros derechos constituye una inversión de capital.

- b) El derecho a indemnización se da aún en el caso en que se intervenga a través de medidas estatales, en la empresa que es objeto de la inversión, y como consecuencia de ello se produzca un considerable perjuicio para la sustancia económica de la misma.

(5) Adenda al Artículo 7

Se considera como realizada "sin demora" una transferencia en el sentido del Artículo 7, cuando se ha efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia.

- (6) Respecto a los transportes de mercancías y personas en relación con la puesta en marcha de inversiones de capital, las Partes Contratantes no excluirán ni impedirán a las empresas de transporte de la otra Parte Contratante, y en caso necesario, concederán autorizaciones para la realización de los transportes de acuerdo a sus leyes vigentes.

Quedan comprendidos en la cláusula precedente los transportes de:

- a) mercancías destinadas directamente a la inversión de capital en el sentido del presente Convenio, o adquiridas en el territorio de una Parte Contratante o de un tercer Estado por una empresa, o por encargo de una empresa, en la que hay capital invertido en el sentido del presente Convenio;
- b) personas que viajan en relación con la puesta en marcha de inversiones de capital.

Geschehen zu Panama am 2. November 1983 in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hecho en Panamá, el 2 de noviembre de 1983 en lengua alemana y española, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Dr. Walter Wellhausen
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
Embajador de la República Federal de Alemania

Für die Republik Panama
Por la República de Panamá
Lic. Oydén Ortega Durán
Außenminister der Republik Panama
Ministro de Relaciones Exteriores

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
El Embajador
de la República Federal de Alemania

Herr Minister,

ich beehre mich festzustellen, daß beide Vertragsparteien übereingekommen sind, für den Fall, daß die Republik Panama ebenfalls dem Übereinkommen vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten beitrifft, Verhandlungen über eine ergänzende Vereinbarung aufzunehmen, in der die Zuständigkeit des Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor geregelt wird. Diese Ergänzungsvereinbarung wird Bestandteil des Vertrags sein.

Mit der Bitte, freundlicherweise Ihr Einverständnis zum Inhalt dieses Schreibens zu bestätigen, benutze ich die Gelegenheit Sie, Exzellenz, meiner besonderen Hochachtung zu versichern.

Panama, den 2. November 1983

Dr. Walter Wellhausen

Seine Exzellenz
Lic. Oydén Ortega Durán
Außenminister der Republik Panama

Panama, den 2. November 1983

Herrn Doktor
Walter Wellhausen
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland

Herr Botschafter,

beide Vertragsparteien sind übereingekommen, für den Fall, daß die Republik Panama ebenfalls dem Übereinkommen vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten beitrifft, Verhandlungen über eine ergänzende Vereinbarung aufzunehmen, in der die Zuständigkeit des Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor geregelt wird. Diese Ergänzungsvereinbarung wird Bestandteil des Vertrags sein.

Für die Republik Panama
Lic. Oydén Ortega Durán
Außenminister

Señor Ministro:

Tengo el honor de constar que ambas Partes Contratantes han convenido, para el caso de que la República de Panamá se adhiera a la Convención para el Arreglo de Diferencias sobre Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados de 18 de marzo de 1965, entrar en negociaciones sobre un acuerdo complementario que regule la competencia del Centro Internacional para el Arreglo de Diferencias sobre Inversiones entre una Parte Contratante y un inversionista. Dicho acuerdo complementario será parte integrante del Tratado.

Rogándole tener la bondad de confirmar su consentimiento con el contenido de esta carta, aprovecho la oportunidad para asegurar a Su Excelencia de mi muy alta consideración.

Panamá, 2 de noviembre de 1983

Dr. Walter Wellhausen
Embajador de la República
Federal de Alemania

Su Excelencia
Lic. Oydén Ortega Durán
Ministro de Relaciones Exteriores
de la República de Panamá

Panamá, 2 de noviembre de 1983

Señor Doctor
Walter Wellhausen
Embajador de la República Federal de Alemania

Señor Embajador:

Ambas Partes Contratantes han convenido en que en caso de que la República de Panamá se adhiera a la Convención para el Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados, de 18 de marzo de 1965, entrar en negociaciones sobre acuerdo complementario que regule la competencia del Centro Internacional para el Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre una Parte Contratante y un inversionista. Dicho acuerdo complementario será parte integrante del Convenio.

Oydén Ortega D.
Ministro de Relaciones Exteriores

Panama, den 2. November 1983

Herr Botschafter,

Ich benutze die Gelegenheit mitzuteilen, daß Maßnahmen aus dem Beweggrund des Sozialinteresses – im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 – die sind, welche von offizieller Seite im Interesse der Allgemeinheit als notwendig ergriffen werden.

Oydén Ortega D.
Außenminister

Seine Exzellenz
Dr. Walter Wellhausen
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
El Embajador
de la República Federal de Alemania

Herr Minister,

ich bestätige hiermit Eingang Ihres Schreibens vom 2. November 1983, dessen Inhalt wie folgt lautet:

„Ich benutze die Gelegenheit mitzuteilen, daß Maßnahmen aus dem Beweggrund des Sozialinteresses – im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 – die sind, welche von offizieller Seite im Interesse der Allgemeinheit als notwendig ergriffen werden.“

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner besonderen Hochachtung.

Panama, den 2. November 1983

Dr. Walter Wellhausen

Seine Exzellenz
Lic. Oydén Ortega Durán
Außenminister der Republik Panama

Panamá, de 2 noviembre de 1983

Señor Embajador:

Aprovechamos esta oportunidad para comunicarle que las medidas de interés social en el sentido del Artículo 4 (2) son las adoptadas oficialmente por una necesidad de carácter colectivo.

Oydén Ortega D.
Ministro de Relaciones Exteriores

Su Excelencia
Dr. Walter Wellhausen
Embajador de la República Federal de Alemania

Panamá, 2 de noviembre de 1983

Señor Ministro:

Acuso recibo de su carta del 2 de noviembre de 1983, cuyo contenido es el siguiente:

Aprovechamos la oportunidad para comunicarle que las medidas por motivos de interés social en el sentido del Artículo 4 (2) son las adoptadas oficialmente por una necesidad de carácter colectivo.

Le ruego aceptar, Excelencia, las seguridades de mi más alta consideración.

Dr. Walter Wellhausen
Embajador de la República
Federal de Alemania

Su Excelencia
Lic. Oydén Ortega D.
Ministro de Relaciones Exteriores
de la República de Panamá

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern ist der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen. Ihr Abschluß ist zudem eine wichtige Voraussetzung für weitere Förderungsmaßnahmen, z. B. die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund zu Absicherung solcher Risiken bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen in der Regel dann übernehmen, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht.

Der deutsch-panamaische Vertrag vom 2. November 1983 entspricht weitgehend dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher entsprechender Verträge mit anderen Entwicklungsländern ist.

II. Besonderes

Der Vertrag enthält 14 Artikel; ihm sind ein Protokoll und zwei Briefwechsel beigelegt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definitionen der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“. Nach Protokollnummer 1 genießen die Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält das allgemeine Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Nach Protokollnummer 2 fallen alle Kapitalanlagen unter den Schutz des Vertrags, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Gastlandes vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In Protokollnummer 3 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 Buchstabe b enthält eine Wohlwollensklausel hinsichtlich Einreise, Aufenthalt

und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit der Vornahme und Durchführung einer Kapitalanlage. Protokollnummer 3 Buchstabe c stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht in Widerspruch steht zu dem Gebot der Inländerbehandlung, die an die Staatsangehörigkeit anknüpft.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung setzt die wichtigsten Anforderungen an die Entschädigung im Falle einer Enteignung fest. In Protokollnummer 4 werden die entschädigungspflichtigen Eingriffe der öffentlichen Hand und in einem Briefwechsel zum Vertrag wird der in Artikel 4 Abs. 2 verwendete Begriff des „sozialen Interesses“ näher erläutert.

Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg oder sonstiger bewaffneter Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr wird Inländerbehandlung zugesichert. Außerdem gilt für den gesamten Artikel 4 Meistbegünstigung.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung stellt sicher, daß die Bundesrepublik, wenn sie aus einer Garantie gegen politische Risiken für eine in der Republik Panama vorgenommene Kapitalanlage in Anspruch genommen wird, die auf sie übergegangenen Rechte des Investors im eigenen Namen gegenüber der Republik Panama geltend machen kann (Grundsatz der Subrogation).

Zu Artikel 7

Nach dieser Bestimmung sind Transfers unverzüglich zu dem für die vereinbarte Währung jeweils gültigen Kurs vorzunehmen. In der Protokollnummer 5 ist der Begriff „unverzüglich“ näher erläutert.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes, sei es auf Grund völkerrechtlicher Verpflichtungen, gehen vor. Zugleich sichern sich die Vertragsparteien zu, daß Verpflichtungen einer Vertragspartei gegenüber einem Investor der anderen Vertragspartei eingehalten werden.

Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für sogenannte Altinvestitionen. Streitfälle im Zusammenhang mit solchen Investitionen, die bereits vor dem Inkrafttreten des Vertrags ausgelöst worden sind, sind davon ausgenommen.

Zu Artikel 10

Für Meinungsverschiedenheiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertrags-

partei verweist der Vertrag auf besondere Verfahren, soweit diese von den Beteiligten vorher vereinbart worden sind.

Beim Fehlen einer solchen Vereinbarung ist ein Schiedsverfahren nach den Regeln der VN-Kommission für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL) durchzuführen.

Zu Artikel 11

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 12

Der Vertrag bleibt auch in Kraft, falls keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen zwischen den Vertragsparteien bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Der Vertrag enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 14

Der Vertrag bleibt zunächst zehn Jahre in Kraft und wird sodann – mit einer einjährigen Kündigungsfrist – auf unbegrenzte Zeit verlängert. Im Falle des Außerkrafttretens des Vertrags genießen die bis dahin vorgenom-

menen Kapitalanlagen noch für weitere fünfzehn Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und zusätzlichen Regelungen. Sie gelten als Bestandteile des Vertrags.

Abgesehen von den im jeweiligen Zusammenhang bereits erwähnten Bestimmungen enthält es in Nummer 6 ein Diskriminierungsverbot hinsichtlich der Transportunternehmen der anderen Vertragspartei für Transporte im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen.

Zu den Briefwechseln

Zu dem Vertrag gehören zwei Briefwechsel.

Bei dem einen Briefwechsel handelt es sich um die gegenseitige Zusicherung, Verhandlungen über eine ergänzende Vereinbarung zur Regelung von Streitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor durch das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten aufzunehmen, falls die Republik Panama ebenfalls dem diesbezüglichen Weltbank-Übereinkommen vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten beitrifft.

Der zweite Briefwechsel erläutert den Begriff des „sozialen Interesses“ im Sinne des Artikels 4 Abs. 2.